Verordnung zum Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel

RRB vom 26. Oktober 1965

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
in Ausführung des Bundesgesetzes vom 13. März 1964 über die Arbeit in
Industrie, Gewerbe und Handel¹⁾ und der zugehörigen bundesrätlichen
Verordnungen²⁾, gestützt auf Artikel 38 Ziffer 1 der Kantonsverfassung
vom 23. Oktober 1887³⁾

beschliesst:

I. Vollzugsbehörden

§ 1. *Kanton*

¹⁾ Der Vollzug des Bundesgesetzes vom 13. März 1964 über die Arbeit in
Industrie, Gewerbe und Handel (ArG) obliegt unter Aufsicht des Regie-
rungsrates dem Volkswirtschaftsdepartement, soweit nicht durch diese
Verordnung das Amt für Wirtschaft und Arbeit⁴⁾ als zuständig erklärt wird.

²⁾ Die Kantonspolizei, die Organe des Bau- und Justizdepartementes und
des Gesundheitsamtes, die Gewerbepolizei, das Berufsbildungsamt, das
Amt für Ausländerfragen sowie die Feuerpolizei und die Zivilstandsämter
können zur Mitwirkung beim Vollzug herangezogen werden.⁵⁾

§ 2. *Gemeinde*

¹⁾ Den Einwohnergemeinden obliegt der Vollzug, soweit diese Verordnung
es ausdrücklich bestimmt. Vollzugsbehörde ist der Gemeinderat.

²⁾ Der Gemeinderat kann den Vollzug, unter Mitteilung an das Departement,
einer Amtsstelle übertragen.

³⁾ Das Amt für Wirtschaft und Arbeit⁶⁾ gibt die erforderlichen Anleitungen.

¹⁾ SR 822.11.

²⁾ SR 822.111; 822.112.

³⁾ Es gilt die KV vom 8. Juni 1886.

⁴⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁵⁾ § 1 Absatz 2 Fassung vom 18. September 2001.

⁶⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

II. Aufgaben

§ 3. *Regierungsrat*

Dem Regierungsrat bleiben vorbehalten:

- a) . . .¹⁾
- b) Weisungen an die Gemeinden, die Kantonspolizei, das Bau- und Justizdepartement²⁾, das Departement des Innern²⁾ und die Feuerpolizei;
- c) allgemeine Weisungen im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften über die Beschäftigung schulpflichtiger und schulentlassener Jugendlicher.

§ 4.³⁾ *Volkswirtschaftsdepartement*

Dem Volkswirtschaftsdepartement obliegen

- a) Behandlung von Beschwerden gegen Verfügungen des kantonalen Arbeitsinspektorates⁴⁾;
- b) Massnahmen des Verwaltungszwanges (Artikel 52 Absatz 2 ArG);
- c) Berichterstattung über den Vollzug an den Bundesrat (Artikel 41 Absatz 2 ArG);
- d) Bewilligung zur Beschäftigung schulpflichtiger Jugendlicher (Artikel 30 Absatz 2 ArG);
- e) Bewilligung zur Beschäftigung schulentlassener Jugendlicher vor dem vollendeten 15. Altersjahr (Artikel 30 Absatz 3 ArG);
- f) Plangenehmigungen sowie Betriebsbewilligungen (Artikel 7 und 8 ArG);
- g) die Einhaltung der Richtlinien des Bundesamtes hinsichtlich Aus- und Weiterbildungsstandards und der Anzahl der zu beschäftigenden Aufsichtspersonen (Artikel 41 Absatz 1 ArG).

§ 5. *Amt für Wirtschaft und Arbeit*⁵⁾

Dem Amt für Wirtschaft und Arbeit⁶⁾ obliegen:

- a) Aufsicht und Kontrolle über die Einhaltung der bundesrechtlichen Vorschriften durch Betriebsbesuche (Art. 41 Abs. 1 ArG);
- b) Entscheid über die Anwendbarkeit des Bundesgesetzes auf einzelne nichtindustrielle Betriebe oder einzelne Arbeitnehmer in industriellen oder nichtindustriellen Betrieben (Art. 41 Abs. 3 ArG);
- c) Ermittlung der den Sondervorschriften zu unterstellenden industriellen Betriebe oder Betriebsteile und Antrag auf Änderungen an das seco (Artikel 5 ArG);⁷⁾

¹⁾ § 3 lit. a aufgehoben. Die Beschwerde gegen Verfügungen des Departementes sind beim Verwaltungsgericht einzureichen; vgl. Art. 56 ArG (SR 822.11) in Verbindung mit §§ 49 und 50 GO; BGS 125.12.

²⁾ neue Departementsbezeichnung ab 1. August 2000.

³⁾ § 4 Fassung vom 18. September 2001.

⁴⁾ § 4 lit. A Fassung in der Terminologie des VRG; BGS 124.11.

⁵⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁶⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁷⁾ § 5 litera c) Fassung vom 18. September 2001.

- d) Arbeitszeitbewilligungen, für die nach Bundesgesetz die kantonale Behörde zuständig ist (Artikel 17 Absatz 5; Artikel 19 Absatz 4; Artikel 24 Absatz 4);¹⁾
- e) Arbeitszeitbewilligungen, für die nach Bundesgesetz die kantonale Behörde zuständig ist (Art. 10 Abs. 2; 12 Abs. 3; 17 Abs. 1 und 2; 19 Abs. 1 und 2; 23 Abs. 1; 24 Abs. 1 und 2; 25 Abs. 1 ArG);
- f) Entzug und Sperre von Arbeitszeitbewilligungen (Art. 53 Abs. 1 ArG);
- g) Genehmigung der Betriebsordnung (Art. 39 Abs. 1 ArG);
- h) Anordnungen bei Nichtbefolgung von Vorschriften oder Verfügungen (Art. 51, 52 ArG);
- i) Behandlung von Anzeigen und Einreichung von Strafanzeigen wegen Nichtbefolgung des Gesetzes oder einer Verordnung (Art. 54 Abs. 1, 62 Abs. 2 ArG);
- k) Vorbereitung und Antragstellung in den Fällen, die vom Regierungsrat oder dem Volkswirtschaftsdepartement zu entscheiden sind.
- l) die Ausbildung der Aufsichtspersonen gemäss den Richtlinien des seco (Artikel 41 Absatz 1 ArG);²⁾
- m) die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, wenn Gefahr in Verzug ist.³⁾

§ 6. *Kantonspolizei*

¹⁾ ...⁴⁾

²⁾ Das kantonale Polizeikommando hat dem Amt für Wirtschaft und Arbeit⁵⁾ zu melden:

- a) Übertretungen der Vorschriften des Bundesgesetzes;
- b) Brand- und Betriebsunfälle, soweit sie nicht geringfügiger Natur sind.

§ 7. *Gemeinden*

Die Einwohnergemeinden haben folgende Aufgaben:

- a) Meldung sämtlicher Bau- und Einrichtungsgesuche für Industriebetriebe sowie für nichtindustrielle Betriebe, die Arbeitnehmer beschäftigen, an das Amt für Wirtschaft und Arbeit;⁶⁾
- a) Führung eines Ortsverzeichnisses, Meldung der nichtindustriellen Betriebe und Änderungen an das Amt für Wirtschaft und Arbeit⁷⁾;
- b) Mitwirkung beim Vollzug nach Weisungen des Regierungsrates.

¹⁾ § 5 litera d) Fassung vom 18. September 2001.

²⁾ § 5 litera l) eingefügt am 18. September 2001.

³⁾ § 5 litera m) eingefügt am 18. September 2001.

⁴⁾ § 6 Absatz 1 aufgehoben am 18. September 2001.

⁵⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁶⁾ § 7 litera a) Fassung vom 18. September 2001.

⁷⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

III. Weitere Vorschriften und Verfahren

§ 8. Arbeitgeber

¹ Gesuche um Erteilung von Bewilligungen sind dem Amt für Wirtschaft und Arbeit¹⁾ einzureichen.

² Arbeitsunfälle von Bedeutung sind dem Amt für Wirtschaft und Arbeit²⁾ unverzüglich zu melden.

§ 9. Jugendliche unter 15 Jahren

¹ Die Beschäftigung von Jugendlichen unter 15 Jahren ist, mit Ausnahme von Botengängen ausserhalb des Betriebes, Handreichungen beim Sport, leichten Arbeiten in Betrieben des Detailhandels und in Forstbetrieben, bewilligungspflichtig (Artikel 30 ArG).³⁾

² Gesuche um Beschäftigung von Jugendlichen vor dem 15. Altersjahr müssen enthalten: Name und Einverständnis des gesetzlichen Vertreters sowie des Arbeitgebers, Personalien des Jugendlichen, Art, Grund, und Dauer der Beschäftigung, tägliche Arbeits- und Ruhezeit, Hinweis auf Krankheits- und Unfallgefahren im Betrieb, Angaben über Versicherung gegen Unfall.

§ 10. ...⁴⁾

§ 11. Plangenehmigung⁵⁾

¹ Das Plangenehmigungsverfahren wird durchgeführt, wenn der Betrieb den Sondervorschriften für industrielle Betriebe untersteht oder wenn diese durch den Bundesrat auch auf nichtindustrielle Betriebe anwendbar erklärt wurden (Artikel 7 und 8 ArG).⁶⁾

² Die Einleitung des Plangenehmigungsverfahrens ist auch dann erforderlich, wenn der Betrieb zu einem späteren Zeitpunkt den Sondervorschriften gemäss den Artikeln 7 und 8 des Bundesgesetzes zu unterstellen sein wird.⁷⁾

³ Die Verfügungen sind den begutachtenden Stellen mitzuteilen.

⁴ Die baupolizeiliche Bewilligung der Baubehörden wird erst wirksam, wenn die Plangenehmigung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit⁸⁾ vorliegt.

⁵ Die baupolizeiliche Bewilligung der Baubehörden wird erst wirksam, wenn die Plangenehmigung des Volkswirtschaftsdepartements vorliegt.⁹⁾

¹) Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

²) Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

³) § 9 Absatz 1 Fassung vom 18. September 2001.

⁴) § 10 aufgehoben am 18. September 2001.

⁵) § 11 Marginalie Fassung vom 18. September 2001.

⁶) § 11 Absatz 1 Fassung vom 18. September 2001.

⁷) § 11 Absatz 2 Fassung vom 18. September 2001.

⁸) Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁹) § 11 Absatz 5 eingefügt am 18. September 2001.

§ 12.¹⁾ Feiertage

Folgende Feiertage sind im Sinne von Artikel 20a des Bundesgesetzes den Sonntagen gleichgestellt:

- a) Neujahr, Karfreitag, Auffahrt, Weihnachten und Bundesfeiertag sowie der 1. Mai ab 12.00 Uhr;
- b) Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt und Allerheiligen, mit Ausnahme für den Bezirk Bucheggberg.

IV. Beschwerde- und Strafbestimmungen

§ 13. *Beschwerden*

¹ Gegen Verfügungen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit²⁾ kann innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung beim Volkswirtschaftsdepartement Beschwerde erhoben werden.

² Gegen Verfügungen und Entscheide des Departementes kann innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung beim Verwaltungsgericht als letzter kantonalen Instanz Beschwerde erhoben werden.³⁾

³ Für den Weiterzug von Entscheiden des Verwaltungsgerichtes ist Artikel 57 des Bundesgesetzes massgebend.

§ 14. *Strafverfolgung*

¹ Strafverfahren im Rahmen von Artikeln 59, 60 und 61 des Bundesgesetzes richten sich nach der kantonalen Strafprozessordnung⁴⁾.

² Werden durch eine Widerhandlung gegen das Bundesgesetz gleichzeitig Polizeivorschriften des Kantons oder der Gemeinden verletzt, wie namentlich solche über die Bau-, Feuer-, Gesundheits- und Wasserpolizei sowie über die Sonntagsruhe und die Öffnungszeiten von Betrieben, die dem Detailverkauf, der Bewirtung oder der Unterhaltung dienen, so werden die strengeren Vorschriften angewendet.

³ Die Gerichtskanzleien haben von jedem rechtskräftigen Urteil und Einstellungsbeschluss unverzüglich zwei Ausfertigungen dem Amt für Wirtschaft und Arbeit⁵⁾ für sich und zuhanden der Bundesbehörde zuzustellen.

V. Zivilstreitigkeiten

§ 15. *Gewerbegericht*

Für Zivilstreitigkeiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, sind die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Arbeitsgerichte⁶⁾ anwendbar.

¹⁾ § 12 Fassung vom 18. September 2001.

²⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

³⁾ § 13 Abs. 2 Fassung nach § 49 GO; BGS 125.12, vgl. Fussnote 3.

⁴⁾ BGS 321.1.

⁵⁾ Fassung vom 26. April 1994; GS 93, 77.

⁶⁾ Fassung nach dem G über die Arbeitsgerichte vom 20. Mai 1973; vgl. BGS 125.711.

822.12

§ 16. *Einigungsamt*

Für Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Bestimmungen der Verordnung über das kantonale Einigungsamt¹⁾ anwendbar.

VI. Schlussbestimmungen

§ 17. *Gebühren*

Gebühren für Bewilligungen richten sich nach dem kantonalen Gebührentarif²⁾.

§ 18. *Aufhebung widersprechender Erlasse*

Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes, der zugehörigen eidgenössischen Ausführungsbestimmungen und dieser Verordnung sind alle damit in Widerspruch stehenden Erlasse aufgehoben. Insbesondere sind aufgehoben:

- a) das Gesetz betreffend den Schutz der Arbeiterinnen vom 9. Februar 1896³⁾;
- b) die Bekanntmachung des Departementes vom 26. September 1923 über das Bundesgesetz betreffend die Beschäftigung der jugendlichen und weiblichen Personen in den Gewerben vom 31. März 1922⁴⁾;
- c) die Vollziehungsverordnung vom 31. August 1934 zum Bundesgesetz über die wöchentliche Ruhezeit⁵⁾;
- d) die kantonale Vollziehungsverordnung vom 2. April 1940 zum Bundesgesetz über das Mindestalter der Arbeitnehmer⁶⁾;
- e) die Vollziehungsverordnung vom 3. September 1963 zum Bundesgesetz über die Arbeit in den Fabriken⁷⁾.

§ 19. *Inkraftsetzung*

¹⁾ Die Kompetenzdelegation nach § 1 ist dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegen⁸⁾.

²⁾ Diese Verordnung tritt nach Genehmigung der §§ 15, 16 und 18 durch den Bundesrat⁹⁾ mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes in Kraft¹⁰⁾.

Publiziert im Amtsblatt vom 18. März 1966.

¹⁾ BGS 821.422.

²⁾ BGS 615.11.

³⁾ GS 62, 5.

⁴⁾ GS 68, 319.

⁵⁾ GS 73, 150.

⁶⁾ GS 75, 37.

⁷⁾ GS 82, 431.

⁸⁾ Kompetenzdelegation vom Kantonsrat am 23. November 1965 genehmigt.

⁹⁾ Am 28. Januar 1966 vom Bundesrat genehmigt. Dem Vorbehalt wurde mit der Anpassung des Feriengesetzes (BGS 822.61) am 24. September 1972 Rechnung getragen.

¹⁰⁾ Inkrafttreten am 1. Februar 1966;
Inkrafttreten der Änderungen vom:
- 18. September 2001 am 1. Oktober 2001.